

# Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Juli/August 2018

03/2018

## Linke Politik unverzichtbar

Gemeinsam die Verhältnisse vor Ort zum Besseren verändern

**D**ie Kommunalwahlen in Brandenburg werden am 26. Mai nächsten Jahres - zusammen mit den Wahlen zum Europäischen Parlament - stattfinden. An diesem Tag werden in unserem Kreis alle kommunalen Vertreterinnen und Vertreter für die nächsten fünf Jahre gewählt. Für DIE LINKE engagieren sich seit Jahren viele Menschen in den kommunalen Räten und Vertretungen. Kommunalpolitik ist das Mitbestimmen auf der direkten Ebene vor Ort - dort, wo konkret etwas für die Einwohnerinnen und Einwohner erreicht werden kann. Politik für und mit den Menschen.

Wir wollen lebensfähige und lebenswerte Dörfer und Städte, Orte mit aktiven und solidarischen Gemeinschaften, in denen die Menschen selbst tätig werden, eigenständige Lösungen erarbeiten und eigenverantwortlich ihre Zukunft bestimmen können. Darum wollen wir als LINKE sicherstellen, dass es in Ostprignitz-Ruppin auch nach den Wahlen 2019 wieder eine starke soziale Kraft gibt, die gegen Sozialabbau vorgeht und sich für die Erhöhung der Ausgaben für Bildung, Kultur und Sport einsetzt.

Tun Sie sich mit Gleichgesinnten zusammen und seien Sie einer dieser sozialen Köpfe, kandidieren Sie auf unserer Liste für den Kreistag, die Stadtverordnetenversammlung beziehungsweise für Ihre Gemeindevertretung oder direkt in Ihrem Dorf für den Ortsbeirat oder als Ortsvorsteher und sorgen Sie dafür, dass sich bei Ihnen vor Ort etwas bewegt. Gemeinsam das Beste für alle und die Region!

*Häufig gestellte Fragen für eine Kandidatur auf der Liste der LINKEN:*

### ■ Muss ich Mitglied der LINKEN sein, um zu kandidieren?

Nein, das ist nicht notwendig. Wir freuen uns auch über Sympathisanten, die sich in unserem Sinne in der Kommunalpolitik engagieren und sich für soziale Themen vor Ort einsetzen wollen. Vielleicht fällt



die Entscheidung, Mitglied der LINKEN zu werden, ja auch erst später.

### ■ Wie werde ich im Wahlkampf unterstützt?

Wir unterstützen deine Kandidatur natürlich mit Informationsmaterial. Für den Wahlkampf lassen wir Kandidatenflyer mit den thematischen Schwerpunkten drucken. Wir hängen Plakate, schalten Zeitungsanzeigen und nutzen die Zeitung des Kreisverbandes, um unsere Kandidaten bekannter zu machen. Außerdem kümmern wir uns darum, dass deine Kandidatur ordnungs- und fristgemäß beim Wahlleiter eingereicht wird. Unterstützungsunterschriften wie bei Einzelkandidaturen sind nicht nötig. Garantieren können wir jedoch für nichts, wer in den Räten sitzen wird, bestimmen allein die Wählerinnen und Wähler.

### ■ Wie kann ich den Wahlkampf unterstützen?

Plakate, Flyer und Zeitungen müssen erarbeitet, bezahlt und verteilt werden. Dabei benötigen wir natürlich Hilfe - sei es durch Spenden oder ganz praktisch durch Materialverteilung, Plakatanbringung oder

auch in Form von Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern an Infoständen. Selbstverständlich kann man sich ebenfalls bei der inhaltlichen Erarbeitung unserer Ziele und Forderungen einbringen.

*Justin König*

*Kreiswahlleiter der LINKEN in OPR*

### Wahlen stehen vor uns

Der Stadtvorstand der Neuruppiner LINKEN hat sich in seiner Zusammenkunft am 18. Juli 2018 mit den künftigen politischen Aufgaben und vor allem mit der langfristigen Vorbereitung der nächsten Wahlen beschäftigt. Wenn auch noch relativ viel Zeit ist, so rücken sie doch unerbittlich näher - am 26. Mai 2019 finden die Kommunal- und Europawahlen statt, die nächsten Landtagswahlen am 01. September 2019.

Die Überlegungen, wer kandidiert als Abgeordneter der LINKEN in diesen wichtigen Gremien, sollte also unbedingt in der nächsten Zeit auf dem Plan der Basisgruppen und Regionalverbände stehen.

ch-

## Zwischenruf

Von Hans-Joachim Müller

### Die Macht eines »Landesfürsten«

Da hat sich Angela Merkel wohl verrechnet. Als sie die CDU/CSU-Minister für die Große Koalition vorschlug, dachte sie wohl, dass sie damit ihre Widersacher wie Spahn oder Seehofer »an die kurze Leine« legen kann - aber weit gefehlt. Als im März die neue Regierung vereidigt wurde, rief der Bundespräsident die Kabinettsmitglieder auf, das verlorene Vertrauen zurück zu gewinnen.

Dann war gerade mal ein viertel Jahr vergangen, als Horst Seehofer, der immer noch CSU-Vorsitzender und somit ein führender bayerischer Politiker ist, plötzlich die Kanzlerin attackierte. Und das mit einem Thema, das nur Bayern betrifft. Seehofer hat damit die AfD rechts überholt und somit der CSU-Meinung, dass es rechts von der CSU keine politische Kraft geben darf, zur Wahrheit verholfen.

Worum geht es Seehofer und, das darf man nicht übersehen, dem bayerischen Stimmungsmacher Dobrindt? Sie wollen den »Flüchtlingsstrom« bremsen und Flüchtlinge zurück in die Länder schicken, woher sie eingereist sind - also konkret in Bayern täglich 5 (in Worten: fünf). Und deshalb setzt Seehofer die Koalition aufs Spiel und lähmt für Wochen



die gesamte Regierungsarbeit (im Übrigen interessiert Innenminister Seehofer die Grenze zu Polen, Tschechien und Skandinavien anscheinend nicht, denn dazu hat er nichts gesagt). Mit seinen ultimativen Forderungen, die jeglichen EU-Verträgen widersprechen, setzte er Merkel dermaßen unter Druck, dass sie handlungsunfähig erschien.

Seehofer und Dobrindt haben mit ihren Verbalattacken den Boden des guten Geschmacks verlassen und mit ihrer verrohten Sprache die politische Kultur verletzt. Psychologen sagen dazu, dass diese Sprachkultur nicht spontan entsteht, sondern es ist ein Austesten, wie weit man gehen kann. Diese Sprachkultur lehnen wir LINKEN konsequent ab. Es ist normal, dass es im politischen Kampf zu sprachlichen Auseinandersetzungen kommt, doch sollte man seinen Gegenüber nicht »unter der Gürtellinie« angreifen.

Unsere Genossen

**Werner Herzlieb** geb. 29.12.1930 und

**Willi Soffner** geb. 13.04.1929

haben uns vor wenigen Wochen für immer verlassen.

Beide waren seit vielen Jahren überzeugte Mitglieder der sozialistischen Partei. Sie haben sich stets für ein würdiges Leben aller Bürger in Frieden und sozialer Sicherheit eingesetzt und dafür manchen Streit ausgefochten.

Als junge Männer lernten beide noch die Schrecken des Krieges kennen. In ihrem späteren Berufsleben vermittelte Werner Herzlieb als verständnisvoller Lehrer in Rägelin und Walsleben »seinen« Kindern nicht nur vielseitiges Wissen, er erzog sie vor allem auch zur Achtung vor den Menschen und zum persönlichen Einsatz für eine friedliche, gerechte Zukunft in seinem, ihrem Staat - was er ihnen immer vorlebte. Willi Soffner war vor allem in Schönberg, Lindow und Umgebung als streitbarer und stets aktiver Abgeordneter, der sich für seine Gemeinden unermüdlich tritt und einsetzte, bei vielen Bürgern mit seiner kritischen und oft humorvollen Art gut bekannt.

Wir verlieren zwei bis ins hohe Lebensalter stets einsatzbereite, aufrechte Genossen. Wir werden ihnen ein gutes Andenken bewahren.

Die Mitglieder der Regionalverbände  
Temnitz und Rheinsberg-Lindow

Kreisvorstand DIE LINKE. OPR

## Kommentar

### Muss es wirklich Reinhardt sein?

Am 6. September müssen die Abgeordneten des Kreistages Ostprignitz-Ruppin einen neuen Landrat wählen. Das ist notwendig geworden, da weder bei der Wahl durch die Bürger am 22. April noch bei der Stichwahl am 6. Mai das Quorum (notwendige Wahlbeteiligung) erreicht wurde.

Die Bürger unseres Landkreises sind sich anscheinend der »Macht« eines Landrats nicht bewusst. Schon vor acht Jahren zeigten sie wenig Interesse, so dass auch damals der Landrat vom Kreistag gewählt werden musste. Hier sollten sich alle Parteien und Wählergruppierungen die Frage stellen, was versäumt wurde, um die Bürger zu mobilisieren.

Nun stehen (nach heutigem Stand) am 6. September der bisherige Landrat Reinhardt und der CDU-Kandidat Deter zur Wahl. Ein Ehepaar fragte mich neulich, warum DIE LINKE keinen Alternativkandidaten ins Rennen schickt? Sie sagten weiter: »mit Scherkenbach hattet ihr doch einen sehr guten Kandidaten, ihr habt ihn nur nicht genügend bekannt gemacht. Das müsst ihr euch anlasten lassen.« Dieser Meinung konnte ich nichts entgegensetzen. Nun ist aber die Situation so, wie sie ist. Warum ist es unserem Kreisvorstand nicht gelungen, doch noch einen geeigneten Kandidaten, der auch von Kreistagsabgeordneten anderer Fraktionen befürwortet wird, zu finden. Hat man hierbei auch die Hilfe des Landesvorstandes in Anspruch genommen oder haben wir keine dafür prädestinierte Persönlichkeit?

Wenn am 6. September die Kreistagsabgeordneten nur die Wahl zwischen Reinhardt und Deter haben, frage ich mich, wie unsere Fraktionsmitglieder abstimmen sollen? Landrat Reinhardt wurde von unserer Partei in den letzten 8 Jahren sehr oft für seine Politik kritisiert, und Deter wurde ja schon von uns abgelehnt.

Hat denn schon mal jemand Reinhardt gefragt, was er als Aufsichtsratsvorsitzender des kreiseigenen Klinikums getan hat, um den Weggang der beiden Rheumatologen zu verhindern? Hat ihn schon mal jemand gefragt, was er gedenkt zu unternehmen, um die Fluktuation und Arbeitsüberlastung im Klinikum zu beseitigen?

Das sind aktuelle Fragen, die die Bürger bewegen, die aber darauf keine Antwort erhalten. Das muss ein neuer Landrat ändern!

Hans-Joachim Müller

# Gedenkstunde zur Bodenreform

## Finanzinvestoren gierig nach Boden

Der Regionalverband der LINKEN. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen ruft dazu auf, an die Bodenreform zu erinnern, die von Wilhelm Pieck am 2. September 1945 in Kyritz bekannt gemacht wurde.

Wir treffen uns am 73. Jahrestag, diesmal ein Sonntag, wie gewohnt um 10 Uhr am Bodenreformdenkmal in Kyritz, Perleberger Straße 8.

Immer wieder an die Bodenreform zu erinnern - mit der damals nur wenige Monate nach Kriegsende begonnen wurde, die landwirtschaftlichen Flächen gerechter zu verteilen - halten wir auch aus der Sicht gegenwärtiger Entwicklungen für notwendig. Die zunehmende Konzentration von Ackerland in den Händen von Finanzin-

vestoren bereitet den hiesigen Landwirten große Sorgen. In vielen Ländern der Welt führt der Kampf um den Boden zu Bürgerkriegen, Flucht und Vertreibung.

Wir nutzen die Gedenkveranstaltung auch, um uns für eine moderne Landwirtschaft einzusetzen, die gesunde Lebensmittel ökologisch nachhaltig produziert, fachgerecht und mit sozialer Verantwortung. Notwendig dafür ist auch



Foto: Hartmut Buschke

eine gerechte Verteilung des Ackerlandes - weltweit!

Hartmut Buschke

## Die Partei im Aufwind

### Kreisverband beim Neumitgliedertag ausgezeichnet

Zum 7. Juli hatte der Landesverband Brandenburg der Partei DIE LINKE zu einem Neumitgliedertag nach Potsdam eingeladen. Rund 30 neue Genossinnen und Genossen sind diesem Aufruf gefolgt. Neben der Landesvorsitzenden Anja Mayer und dem Landesschatzmeister Ronny Kretschmer waren Landtagsmitglieder der Partei und VertreterInnen der Landesarbeitsgemeinschaften (LAG) anwesend.

Unter dem Motto »Herzlich Willkommen. Wir wollen Dich, Deine Interessen kennen lernen und mit Dir ins Gespräch kommen« fand ein Erfahrungsaustausch statt. Nach der Vorstellungsrunde, bei dem jeder die Möglichkeit hatte, seine Gründe

für den Parteieintritt darzulegen, wurden kleine Gruppen gebildet. Aufgabe der Gruppen, »Wie wurdest du als Neumitglied aufgenommen?«.

In der folgenden Auswertungsrunde wurden u.a. die Öffentlichkeitsarbeit, die Nutzung des Internets und Probleme bei der Zusammenarbeit diskutiert. Besonders breiten Raum nahm die Öffentlichkeitsarbeit ein. Die Wichtigkeit der Präsenz im Internet wurde festgestellt. Noch wichtiger ist aber das persönliche Gespräch mit BürgerInnen an Infoständen, bei Veranstaltungen der Partei oder mit Nachbarn. Praktische Tipps wie »was ist zu beachten, wenn man Filme vorführt?«, gab es ebenfalls. Den Vertreter-

Innen der LAGen wurde die Möglichkeit im persönlichen Gespräch gegeben, und mancher hat Anregungen zu Mitmachmöglichkeiten erhalten.

Am Nachmittag initiierte Anja Mayer im Rahmen einer Kartenabfrage, was die Neumitglieder unter »Partei in Bewegung« und »Zukunftsdialog« verstehen. Die Ergebnisse dieser Abfrage fließen nun als Anregungen in die Parteiarbeit ein.

Den Abschluss bildete die Auszeichnung der Kreisverbände (KV) Oder-Spree und OPR als die erfolgreichsten KV's bei der Mitgliedergewinnung. Der KV OPR hatte 2017 mit 15 Neumitgliedern den höchsten Zuwachs. Beide erhielten eine Popcorn-Maschine.

Rudi Brendler

## Kalenderblatt

### Weltfriedenstag

Der Weltfriedenstag (oder auch Antikriegstag genannt) ist ein Gedenktag. Am 1. September 1946 wurde erstmals in der Sowjetischen Besatzungszone ein »Weltfriedenstag der Jugend« begangen. In der DDR wurde seit Beginn der 1950er Jahre der 1. September als »Tag des Friedens« bzw. als »Weltfriedenstag« bezeichnet. Er diente als Mahnung an den Beginn des Zweiten Weltkrieges, die Bürger wurden in Versammlungen und auf Kundgebungen zum aktiven Friedenskampf aufgerufen. In der DDR fand am 1. September eines jeden Jahres immer die Einschulung statt.

In der BRD wurde dieser Tag als »Antikriegstag« begangen, mit dem deutschen Überfall auf Polen begann am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg. Die westdeutsche Initiative für diesen Gedenktag ging vom Deutschen Gewerkschaftsbund aus, der unter dem Motto »Nie wieder Krieg« erstmals am 1. September 1957 zu Aktionen aufrief.

Es gibt noch zwei weitere Termine für diesen Gedenktag, in der katholischen Kirche den 1. Januar und den »Internationalen Tag des Friedens« der Vereinten Nationen (UNO) am 21. September. *js*

## Veranstaltungshinweis:

### 2. AKTIVENKONFERENZ

**Wann?** Die Konferenz findet am **Samstag, den 08. September** statt

**Wo?** In **Neuruppin im Rosengarten**, Wichmannstraße 8

**TEIL A: 10 - 12 Uhr**  
*Partei in Bewegung*

Wie werden wir wieder aktiver? Was kann die Partei dafür tun, und wie kann ich mich effektiver einbringen? Gemeinsam mehr werden.

**TEIL B: 13 - 17 Uhr**

*Auftakt zur Ausarbeitung des Kommunalwahlprogrammes zu den Themen:*

- Lebenslanges Lernen, Kultur und Sport
- Wohnen & kommunale Fürsorge
- Tourismus und Wirtschaft
- Transparente Verwaltung
- Soziale Daseinsvorsorge
- Pflege und Gesundheit



# Agrarbetrieben muss schnell geholfen werden!

Extreme Wetterlagen werden wohl noch zunehmen

**W**etterextreme werden immer häufiger zum existenzbedrohenden Alltag in Agrarbetrieben. Waren es 2017 verheerende Spätfröste und Hochwasserschäden in Gartenbau und Landwirtschaft sowie Sturmschäden im Wald, schlägt das Pendel der Extremwetterbedingungen 2018 in die andere Richtung. In großen Teilen Deutschland wurde aus der unterdessen regelmäßig eintretenden Frühsommertrockenheit eine anhaltende Dürre mit Extremhitze und enormen Ernteverlusten und hohem Risiko für Wald- und Flächenbrände. In der landwirtschaftlichen Tierhaltung ist die Not aufgrund der Futtermittelknappheit am größten, insbesondere im Ökolandbau aufgrund der Vorschriften, zum Beispiel für hofeigenes Futter.

Klar ist: Nothilfen werden gebraucht - und das kann nicht nur die Aufgabe der Bundesländer sein.



## DIE LINKE fordert als Sofortprogramm vom Bund:

1. Es müssen unverzüglich die Grundlagen für Bundeshilfen geschaffen werden. Dazu muss man nicht den Erntebericht abwarten, auch wenn dieser zur Bemessung des notwendigen Umfangs der Nothilfe notwendig ist.
2. Die BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH muss unbürokratisch auf Pachtzahlungen verzichten, statt sie nur zu stunden.

## Mittelfristig fordert DIE LINKE:

■ Fehlende Reserven in den Agrarbetrieben tragen dazu bei, dass Extremwetterlagen schnell existenzbedrohend werden. Faire Erzeugerpreise und ein starkes Bodenrecht sind die Voraussetzung dafür, dass landwirtschaftliche Betriebe nicht länger am erdrückenden Preiskampf auf dem Boden- und Weltagrarmarkt scheitern. Die strukturelle Übermacht landwirtschaftsfremder Investoren beziehungsweise der Lebensmitteleinzelhandels- und Verarbeitungskonzerne darf nicht länger zu einem dauerhaften Überlebenskampf führen, der bereits ohne Extremwetter hart ist. So müssen Agrarbetriebe durch ein gemeinwohlorientiertes Kartellrecht endlich auf Augenhöhe ihre Interessen verhandeln können. Gewinne müssen in der Wertschöpfungskette gerechter verteilt werden.

■ Neben fairen Erzeugerpreisen als Grundlage zur Selbsthilfe hat DIE LINKE auch in dieser Wahlperiode eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage beantragt -

als Hilfe zur Selbsthilfe für eine Branche, die zu unserer Lebensgrundlage beiträgt.

■ Im Rahmen der laufenden Verhandlungen zur Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) muss ein Schwerpunkt auf die Honorierung von Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen sowie soziale Mechanismen im Krisenmanagement gelegt werden.

■ Durch eine konsequente Klimaschutzstrategie muss das Risiko von Extremwetterlagen minimiert werden. Dazu gehört auch ein Beitrag der Landwirtschaft, zum Beispiel durch eine strategische Ausrichtung auf regionale Versorgung (Produktion, Verarbeitung und Vermarktung), regionale Flächenbindung der Tierhaltung und die Deckelung der Bestandsgrößen in Regionen und am Standort.

■ Längst muss es (leider) auch um Anpassungsstrategien gehen, die wissenschaftlich entwickelt werden müssen. Dazu gehören etwa geeignete Zwischenfruchtansaat, Mischkulturen und vielfältigere Fruchtfolgen sowie Humusaufbau oder ganzjährige Bodenbedeckung.

■ Die ortsansässige, nachhaltig produzierende Landwirtschaft muss als Fundament der Lebensmittelversorgung mit einem gemeinwohlorientierten Bodenrecht vor landwirtschaftsfremden Investoren und Bodenspekulation geschützt werden.

Wenn nach der Krise nicht gleich wieder vor der Krise sein soll, wird ein Strategiewechsel für eine zukunftsfähige Landwirtschaft gebraucht, der die Fehler im System an der Wurzel packt.

*Kirsten Tackmann, MdB*

## Die Abgeordneten treffen die Entscheidung

**N**achdem zweimal das Quorum für die Landratswahl nicht erreicht worden ist, muss nun der Kreistag in seiner Sondersitzung am 6.9.2018 den Landrat wählen. Diese Wahl ist ein völlig neues Verfahren, denn jeder, der sich berufen fühlt und die persönlichen Voraussetzungen erfüllt, kann sich bewerben.

Deshalb hatte die Fraktion der LINKEN am 21.06.2018 einen Antrag in den Kreistag eingebracht, um ausreichend Zeit zu haben, um sich über und gegebenenfalls mit den Bewerbern auszutauschen und unsere Positionen gegenüber den

Bewerbern klar darstellen zu können. Wir wollen einen Neuanfang. Das hat uns am 21.06.2018 viel Spott und Anfeindungen eingebracht. Leider haben wir uns mit unserem Antrag nicht durchsetzen können. Man versuchte, die Abgeordneten auf eine kurze Zeitschiene einzuschwören, was dann auch gelang.

Durch unseren Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion wurde eine Gruppe von Genossen benannt, die ein Positionspapier erarbeiteten. Mit Vertretern der SPD und anderer im Kreistag vertretener Parteien werden Anfang August Gespräche

geführt, um unsere Positionen für einen Neuanfang darzulegen.

Am 14.08.2018 wird sich die Kreistagsfraktion die Bewerbungsunterlagen genau anschauen. Mit den Ergebnissen aus den Gesprächsgruppen und der Einsichtnahme in die Unterlagen werden wir uns positionieren. Am 23.08.2018 findet dann die außerordentliche Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses statt, am 06.09.2018 die Wahl zum Landrat/zur Landrätin.

*Rita Büchner*

*Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag und Kreisvorsitzende*

# Mehrheit für Vorschlag der LINKEN

## Kita-Gebühren - auch in Neuruppin ein sensibles Thema

Endlich hat der jahrelange Druck und Kampf der LINKEN Erfolg gezeigt. Neben den schrittweisen Verbesserungen im Personalschlüssel und weiterer Verbesserungen in der Qualität der Betreuung konnte der Koalitionspartner SPD im Landtag Brandenburg überzeugt werden, den Einstieg in die Beitragsfreiheit zu wagen. Ab August 2018 wird das letzte Kita-Jahr den strapazierten Geldbeutel der Eltern nicht mehr belasten. Ein wichtiger erster Schritt! Und klar ist auch, dass weitere Schritte folgen müssen, um dem Anspruch der kostenlosen Bildung von der Kita bis zur Universität gerecht zu werden.

Parallel zu diesem Beschluss im Landtag startete die Verwaltung der Fontanestadt Neuruppin eine neue Diskussion zu den Elternbeiträgen an den städtischen Kindertagesstätten (Krippe, Kita, Hort).

Aktuell gilt eine Gebührentabelle aus dem Jahr 2011. Darin ist ein Höchstbetrag von 211 Euro monatlich für ein Kind im Alter von 0-3 Jahren festgelegt, wenn die Eltern ein Jahresnettoeinkommen von mehr als 40.000 Euro erzielen und kein weiteres Kind in der Familie lebt. Davon ausgehend erfolgt eine Staffelung nach unten, die abhängig ist von der Familiengröße, dem Einkommen und dem Alter des Kindes.

Nach Vorschlag der Verwaltung sollten

die Beiträge auf 344 Euro pro Monat steigen, wenn das Jahresnettoeinkommen mehr als 50.000 Euro beträgt, kein weiteres Kind in der Familie lebt und das zu betreuende Kind das 3. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Die soziale Staffelung nach unten wird beibehalten. Jedoch sind die Gebührensteigerungen für Familien mit zwei und mehr Kindern gerade im Krippen- und Kita-Bereich enorm.

### Für DIE LINKE nicht akzeptabel

Auf diesen Umstand machte DIE LINKE-Fraktion in der Sitzung des Sozialausschusses am 22. März aufmerksam und gleichzeitig deutlich, dass diese Beschlussvorlage nicht mitgetragen wird. Vielmehr stellte die Fraktion den Antrag,

eine Gebührentabelle vorzulegen, die eine maximale Belastung von

## DIE LINKE. im Parlament

300 Euro monatlich für die beschriebene Ein-Kind-Familie ab 50.000 Euro Jahresnettoeinkommen beinhaltet. Davon ausgehend sollte die soziale Staffelung nach unten beibehalten werden.

Der Alternativentwurf liegt in der Zwischenzeit vor und wurde auf einer Sondersitzung des Sozialausschusses am 11. Juni beraten. Tatsache ist, dass durch diesen Vorschlag die Gebühren im Vergleich zur bisher gültigen Gebühren-



tabelle nur minimal steigen - es kommt teilweise sogar zu Entlastungen. Tatsächlich mehr belastet werden Familien mit einem Jahresnettoeinkommen von mehr als 40.000 Euro, da die Höchstgrenze beim Einkommen um 10.000 Euro steigt.

Die Stadtverordnetenversammlung am 25. Juni hat nun abschließend entschieden: Der Vorschlag der LINKEN-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Neuruppin fand eine Mehrheit. Langfristiges Ziel bleibt für DIE LINKE die Beitragsfreiheit für alle Kinder, egal ob in Krippe, Kita oder Hort.

Ronny Kretschmer  
Fraktionsvorsitzender der LINKEN

## Der Katzenjammer ist vorbei

### Meine Eindrücke von der letzten Kreisvorstandssitzung

Beim Besuch einer gut besuchten Kreisvorstandssitzung sind innerparteiliche Entwicklungstendenzen sichtbar geworden, die beachtenswert sind. In einer Phase der Stagnation, der Orientierung und der Schwäche der Partei (hier sind negative Tendenzen der letzten Bundeswahlergebnisse in Brandenburg gemeint) hat die Erkenntnis Oberhand gewonnen, ein »weiter so« ist nicht möglich. Unter dem Druck der Realität hat sich hier das Bewusstsein verändert, die Träume von rot-rot-grün sind ausgeträumt, ein Besinnen auf die eigene Kraft mit dem dazugehörigen Tatendrang waren der Tenor dieser Sitzung.

In dieser Versammlung sind Über-

legungen, die vor acht Jahren - bei der damaligen Unterstützung eines Landratskandidaten ausgesprochen - nicht mehr sanktioniert worden. Ich erinnere, dass einige Genossen ihr Mandat niederlegen wollten, wenn darüber nachgedacht wird, mit der CDU zu verhandeln. Diese Genossen waren damals der Meinung, dass ihre geleistete Arbeit durch solches Tun zunichte gemacht wird. Na gut, das war gestern, und heute ist eben heute. Heute wird mit der CDU und der SPD verhandelt, zwei bürgerlichen Parteien, von denen wir wissen, was wir von ihnen zu halten haben. Hier wird um die Bedingungen gekämpft, die dann letztlich zur Unterstützung eines der Landratskandidaten führen

soll. Die Unterstützung für einen dieser Kandidaten ist nicht vom Parteibuch abhängig, sondern von der größtmöglichen Nähe zu unseren Interessen und damit zu den Interessen unserer Wähler.

Auch bei den anderen Themen wie Kommunalwahlen, Landtagswahlen, Mängel und Möglichkeiten der Realisierung von Propaganda herrschte ein Klima von Transparenz, was Entwicklung ermöglicht. Zusammenfassend kann die Parole ausgegeben werden: »Einigkeit im Handeln - volle Freiheit in der Diskussion!« Ein »weiter so« in diesem Sinne ist möglich und stärkt die Partei.

Egbert Nowack

## Rot-rot stärkt Bürgerbeteiligung und Kommunen



Vor der parlamentarischen Sommerpause wurde ein wichtiges Ziel der LINKEN aus der Koalitionsvereinbarung von 2014 umgesetzt. Mit der Veränderung der Kommunalverfassung gab es eine Erweiterung der Bürgerbeteiligung in den Kommunen. Aus unserer Sicht gehören direkte Demokratie und repräsentative Demokratie zusammen und stärken die kommunale Selbstverwaltung. Gerade in der jetzigen Situation in unserem Land ist eine wirksame Bürgerbeteiligung ein gutes Instrument zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

### Was wurde neu geregelt?

Die Kinder- und Jugendbeteiligung wird ausgebaut, denn Mitmischen und Einmischen gehört zur Demokratie und zum Aufwachsen - auch für Kinder und Jugendliche in unseren Kommunen. Dazu hat die Gemeinde Kindern und Jugendlichen in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte zu sichern. Mit der Hauptsatzung oder der Einwohnerbeteiligungssatzung haben die Kommunen nun zu bestimmen, welche Formen zur Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune geschaffen werden. Ebenso kann ein Beauftragter für die Angelegenheiten von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde benannt werden. Die Kommunen sind nunmehr verpflichtet, diese Aktivitäten entsprechend zu vermerken.

Eine zweite wesentliche Änderung besteht darin, die Grundlagen für Bürgerbegehren zu verbessern. Die Prüfung der Zulässig-

keit von Bürgerbegehren wird objektiviert und künftig durch die zuständige Kommunalaufsicht erfolgen. Bisher wurde diese Zulässigkeitsprüfung durch die jeweilige Gemeindevertretung vorgenommen und war häufig politisch dominiert. Künftig ist es so, dass es nicht mehr erforderlich ist, dass die Initiatoren eines Bürgerbegehrens einen Vorschlag zur Deckung der mit dem Begehren verbundenen Kosten vorlegen müssen. Das hat sich in der Vergangenheit oft als unüberwindbares Hindernis erwiesen. Jetzt hat die Verwaltung eine Kostenschätzung für ein solches Bürgerbegehren zu erstellen.

### Briefwahl auch bei Bürgerentscheiden

Eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für direkte Demokratie ist die durchgängige Anwendung der Briefwahl auch bei Bürgerentscheiden. Das war von den Kommunen teilweise ausgeschlossen worden.

Neu ist auch, dass als weitere neue Form der Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern die Durchführung von Einwohnerbefragungen aufgenommen wurde. Solche Befragungen fanden bereits in verschiedenen Kommunen, wie in Potsdam oder Falkensee, statt. Sie können bei der Entscheidung von konfliktbehafteten Fragen der Stadtentwicklung hilfreich sein.

Auch das zweite Halbjahr 2018 wird ganz im Zeichen der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung stehen.

So wird der Landtag zum Jahresende ein neues Finanzausgleichsgesetz (FAG) beschließen. Ohne die Ergebnisse der Beratung vorweg zu nehmen, mit diesem Gesetz wird sich die Kommunalfinanzierung weiter verbessern. So steigt die Beteiligung der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes von jetzt 20,00 auf 22,43 %. Ebenso steigt der Soziallastenausgleich und die Finanzierung der Kulturförderung wird gesichert.

Ein weiteres, schon lange diskutiertes und im Herbst zur Beschlussfassung anstehendes Gesetz ist das »Gesetz zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Ebene«. Wir wollen mit diesem Gesetz die Entscheidungs- und Handlungsspielräume der Gemeinden erweitern. Die Gemeinden wissen selbst am besten um ihre strukturellen Stärken und Schwä-

chen. Daher sollen sie selbst ein auf ihre Bedürfnisse optimal zugeschnittenes Verwaltungsmodell wählen können, auch unter Berücksichtigung ihrer bisherigen Gemeindegrenzen. Angestrebt werden ausschließlich freiwillige Veränderungen unter Nutzung ergänzender gesetzlicher Rahmenbedingungen mit dem Ziel, hauptamtliche Verwaltungen auf gemeindlicher Ebene mit anderen Gemeinden zusammen zu organisieren.

### Elektronischer Zugang zur Verwaltung

Ein für die Bürgerinnen und Bürger - aber auch für die Unternehmen - wichtiges Gesetz ist das »Gesetz über die elektronische Verwaltung im Land Brandenburg (Brandenburgisches E-Government-Gesetz - BbgEGovG)«.

Mit diesem Gesetz wird den Bürgerinnen, Bürgern und den Unternehmen die Möglichkeit des elektronischen Zugangs zur Verwaltung und der Nutzung bestimmter damit einhergehender Zugangsangebote der Behörden zur Verschlüsselung, elektronischen Identifizierung und Schriftformersetzung ermöglicht. Die Behörden des Landes und der Kommunen sollen verpflichtet werden, elektronische Formulare und tätigkeits- bzw. verfahrensbezogene Behördeninformationen bereitzustellen, elektronische Rechnungen entgegenzunehmen und weiterzuverarbeiten sowie elektronische Bezahlmöglichkeiten anzubieten und elektronische Nachweise zu akzeptieren.

Ebenso sollen mit diesem Gesetz die IT- Infrastrukturen des Landes vereinheitlicht und die Behörden zur Einhaltung verbindlicher Standardisierungsbeschlüsse des IT- Planungsrates verpflichtet werden. Schließlich soll mit dem Gesetz die kooperative Zusammenarbeit von Land und Kommunen durch klare und transparente Verfahrensregelungen mit dem Ziel der gemeinsamen Nutzung vorhandener und Entwicklung neuer informationstechnischer Infrastrukturen gestärkt und die IT-Sicherheit weiter verbessert werden.

Ich gehe davon aus, dass wir mit diesen Gesetzen gute Voraussetzungen für die weitere Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung schaffen werden.

Thomas Domres

Parlamentarischer Geschäftsführer der LINKEN im Brandenburger Landtag



# Projekt Stolpersteine

»Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist«

Am 05.09.2018 werden um 14.30 Uhr in der Ruppiner Str. 2 in Fehrbellin Stolpersteine verlegt. Das Aktionsbündnis »Fehrbellin bleibt bunt« erinnert mit dem Verlegen von vier Stolpersteinen vor deren früherem Wohnhaus an die jüdische Familie Nathan. Richard und Selma, Hans und Erna Nathan wurden Opfer des Naziregimes und kamen in den Konzentrationslagern in Auschwitz und Theresienstadt ums Leben.

Die Nathans waren eine in Fehrbellin bekannte Familie. Sie besaßen ein Modegeschäft im Zentrum der Stadt. Richard und Selma bringen in den Jahren 1896 und 1898 ihre beiden Söhne Hans und Kurt zur Welt, die beide jeweils für fünf Jahre die Schule in Fehrbellin besuchten. Die wohlhabenden Ladenbesitzer gelten als engagiert - sie unterstützten z.B. arme Familien mit Kleidung. Nach der Macht ergreifung der Nazis begann der Rückhalt der Nathans zu schwinden. Die Fehrbelliner hatten nicht den Mut, für die Nathans einzutreten.

Der jüngste Sohn Kurt wurde bereits 1933 verhaftet und in ein Konzentrationslager verschleppt. Unmittelbar nach seiner Entlassung verließ er Deutschland und flüchtete nach Paris, wo sich seine Spur verliert.

Im Jahr 1938, nach der Aufforderung des damaligen Bürgermeisters von Fehrbellin, das Geschäft der Nathans zu boykottieren, gaben die Nathans ihr Geschäft in der heutigen Berliner Straße auf und flohen nach Berlin. Von dort aus werden Richard und Selma in das Altersghetto Theresienstadt deportiert. Die Kosten dafür stellen ihnen die Nazis in Rechnung. Richard Nathan war damals ein hochbetagter Mann von 78 Jahren. Wenige Monate nach seiner Ankunft in Theresienstadt stirbt er, seine Frau ebenfalls.

Hans Nathan wurde im KZ Sachsenhausen in sogenannte Schutzhaft genommen. Nach seiner Entlassung musste er, gemeinsam mit seiner Frau, in Berlin bis 1943 Zwangsarbeit leisten. Im Rahmen der Fabrikaktion wurden sie im März 1943 nach Theresienstadt deportiert und von dort aus am 6. Oktober 1944, wenige Monate vor dem Ende der Nazi-herrschaft, nach Auschwitz verschleppt und ermordet.

Ohne die Unterstützung vieler Fehrbellinerinnen und Fehrbelliner würde das Verlegen der Stolpersteine vielleicht nicht so zustande kommen. Anstoß dazu gab Herr Schürmann aus Molchow, von dem das Aktionsbündnis einen großen Teil seiner Recherchen übernehmen konnte. Auch die

»Stolpersteine« heißt das Projekt des Künstlers Gunter Demnig, das im Jahr 1992 begann, die Botschaft dahinter: den Opfern ihre Namen zurückzugeben und zu zeigen, dass sie Nachbarn waren. »Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist«, zitiert Gunter Demnig den Talmud, eines der bedeutendsten Schriftwerke des Judentums.

Er erinnert an die Opfer der NS-Zeit, indem er vor ihrem letzten selbstgewählten Wohnort Gedenktafeln aus Messing ins Trottoir einlässt. Inzwischen liegen Stolpersteine in 1.265 Kommunen Deutschlands und in einundzwanzig Ländern Europas.

Für 120 Euro kann jeder eine Patenschaft für die Herstellung und Verlegung eines Stolpersteins übernehmen.

vielen Sponsoren, die auf unbürokratische Weise Geld für die Verlegung dieser vier Steine bereit gestellt haben, und die 73 Schülerinnen und Schüler der Oberschule Fehrbellin, die insgesamt 812 Runden bei einem eigens dafür initiierten Spendenlauf erlaufen haben, zeigten mit ihrer Beteiligung, dass die Geschichte der Familie Nathan nicht verschwinden darf.

Ines Nowack

## LINKS wirkt - beitragsfreies Kita-Jahr ist da

Es ist so weit, das letzte Betreuungsjahr in Brandenburger Kindergärten ist fortan beitragsfrei. Die Änderungen im »Gesetz zum Einstieg in die Elternbeitragsfreiheit in Kitas«, welche zum 01. August in Kraft getreten sind, wurden bereits am 30. Mai 2018 im Brandenburger Landtag bei Zustimmung nahezu aller Fraktionen verabschiedet. Nur die AfD-Fraktion stimmte gegen den Antrag und offenbarte durch ihr Abstimmungsergebnis ihr wahres sozialpolitisches Gesicht.

Künftig werden in Brandenburg etwa 25.000 Familien entlastet. Die kinderpo-

litische Sprecherin der Linksfraction im Brandenburger Landtag, Gerrit Große, bezeichnete das Gesetz als großen Erfolg der rot-roten Landesregierung, da es den Eltern nun ermöglicht werde, anfallende Ausgaben und Kosten, die während des Vorschuljahrs im Vorfeld der Einschulung entstehen, zu tätigen. Die Voraussetzungen für den Erwerb von Schulmappen und anderen Arbeitsmaterialien werden so auch für Familien, die sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden, geschaffen. Die Einsparung für Eltern beziffern sich auf etwa 300 bis 2.000 Euro im Jahr.

Das beitragsfreie Kita-Jahr zeigt den Erfolg von linker Regierungsarbeit, auf dem sich DIE LINKE jedoch nicht ausruhen wird, da dies nur ein Teilerfolg ist. Ziel der LINKEN ist es, die gesamte Kita-Laufbahn kostenfrei zu gestalten, damit Bildung nicht weiterhin abhängig vom Geldbeutel der Eltern ist. Jedes Kind verdient es, in diesem Land die gleichen Chancen in der Bildung zu erfahren. Linke Politik schafft Grundlagen dafür, dass kostenlose Bildung in Zukunft realisiert werden kann.

Justin König

### Kurznachrichten

■ Für den 27. September 2018 lädt die Freundschaftsgesellschaft Alt Ruppin ihre Mitglieder und weitere Gäste zu einem Besuch der russischen Botschaft in Berlin ein. Diese Fahrt organisiert Genosse Rudi Menzel.

■ Die Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft treffen sich fünfmal im Jahr zu ihren Diskussionsnachmittagen - immer in Zusammenhang mit interessanten Themen, die meistens von Genossin Barbara Hinz, der Vorsitzenden der Gruppe,

angeregt und von weiteren Mitgliedern organisiert werden. Sie treffen sich stets im Seebad Alt Ruppin.

#### Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. KV. OPR  
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61  
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin

# Musikalische Leckerbissen

Neuruppin und Rheinsberg und weitere andere Orte in unserem Kreis bieten in diesem Sommer wieder viel Kultur. Manches Interessante hat bereits in den vergangenen Wochen stattgefunden, vieles wird noch geboten.

Es sei hier vor allem auch an die Klassik-Konzertreihe gedacht, die sich zunehmender Beliebtheit erfreut. Vier Konzerte fanden in diesem Jahr schon statt, vier weitere sind im Programm.

Absoluter Höhepunkt wird am 14. September 2018 (19 Uhr) sicherlich die Aufführung von Beethovens 9. Sinfonie in der Neuruppiner Kulturkirche (Pfarrkirche) sein. Dirigent Takao Ukigaya wird das

Brandenburger Staatsorchester und einen Chor von 120 deutschen, japanischen und koreanischen Sängerinnen und Sängern dirigieren - sicher ein großes Ereignis.

Am 30. September 2018 spielt im Alten Gymnasium Neuruppin ein polnisches Bläserquintett, am 28. Oktober 2018 hören wir im Schlossgarten ein Klaviertrio-konzert (Klavier, Violine und Cello), und den Abschluss der Reihe 2018 bildet am 18. November 2018 wiederum ein großes Sinfoniekonzert. Auf dem Programm steht u.a. die 1. Sinfonie von Johannes Brahms. Es wird uns also viel Schönes erfreuen.

ch-

# Abgeordnete im Dialog

Unsere Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann ist wieder im Rahmen ihrer Sommertour im Wahlkreis unterwegs:

**17.8.**, 10-11.30 Uhr, Kyritz - Marktplatz  
18-20 Uhr, Bork - Backhaus

**21.8.**, 18-19.30 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek

**24.8.**, 18-20 Uhr, Dreetz - Gemeindezentrum

**28.8.**, 18-20 Uhr, Metzelthin - Gemeindehaus

**30.8.**, 15.30-17 Uhr, Herzberg - beim großen Kreisel

18-19.30 Uhr, Flecken Zechlin - Gasthof  
»Zur Scheune«

Bei den Terminen am 17.8. in Kyritz und am 30.8. in Flecken Zechlin ist ebenfalls unsere Landtagsabgeordnete Margitta Mächtigt anwesend.

## Termine

(Aktualisierung auf [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de) beachten)

Montag, 20.08.18	<b>Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 22.08./26.09	<b>Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin</b> 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 29.08.18	<b>Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Sonntag, 02.09.18	<b>Gedenkstunde zur Bodenreform</b> 10.00 Uhr, Kyritz - Perleberger Str. 8, Bodenreformdenkmal
Montag, 03.09.18	<b>Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 03.09./01.10.	<b>Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin</b> 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Donnerstag, 06.09./04.10.	<b>Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen</b> 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 06.09./04.10.	<b>Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe</b> 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Sonabend, 08.09.18	<b>2. Aktivenkonferenz DIE LINKE. OPR</b> 10-17.00 Uhr, Neuruppin - Gaststätte Rosengarten
Dienstag, 11.09.18	<b>Mitgliederversammlung DIE LINKE. RV Wittstock-Heiligengrabe</b> 18.00 Uhr, Wittstock - Gaststätte Gröper Eck
Dienstag, 18.09.18	<b>Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR</b> 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Mittwoch, 19.09.18	<b>Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 08.10.18	<b>Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**  
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: [redaktionml@dielinke-opr.de](mailto:redaktionml@dielinke-opr.de)

Redaktion: Rudolf Brendler, Christa Horstmann (ch-),

Hans-Joachim Müller (hjm), Egbert Nowack (en), Jürgen Schubert (js)

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:**

**Erscheinungsdatum:**

**Fr., 21.09.2018**

**Mi., 10.10.2018**

## Kontakte

**Dr. Kirsten Tackmann**, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.

Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308

Funk: 0173/3804592

[www.kirsten-tackmann.de](http://www.kirsten-tackmann.de)

**Wahlkreisbüro:** Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**  
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893  
E-Mail: [bock@kirsten-tackmann.de](mailto:bock@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten:  
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

**Wahlkreisbüro:** Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**  
Tel.: 03391/2383  
E-Mail: [schmudlach@kirsten-tackmann.de](mailto:schmudlach@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten:  
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr  
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr  
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

**Wahlkreisbüro:** Marktgasse 2, Wittstock  
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**  
Tel.: 03394/4031363  
E-Mail: [bergmann@kirsten-tackmann.de](mailto:bergmann@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten:  
Die.-Do. 10.00 - 12.00  
Do. 16.00 - 18.00

**Margitta Mächtigt**, Landtagsabgeordnete  
**Wahlkreisbüro:** Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**  
Tel.: 033971/304941  
E-Mail: [maechtig@dielinke-opr.de](mailto:maechtig@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin**  
**Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**  
Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422  
[www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de)  
E-Mail: [kv@dielinke-opr.de](mailto:kv@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr  
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin König**  
1. Montag des Monats 14.00 - 16.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**  
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr  
Mi. 13.00 - 16.00 Uhr

**Geschäftsstelle Kyritz**  
Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893  
E-Mail: [bock@dielinke-opr.de](mailto:bock@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

**Geschäftsstelle Wittstock**  
Marktgasse 2, Wittstock  
Tel.: 03394/4031363/-64/-65  
E-Mail: [wittstock@dielinke-opr.de](mailto:wittstock@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr  
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr  
Do. 12.00 - 15.00 Uhr